

<i>Vorlage an:</i> <i>Ortschaftsrat Holzen</i>	<i>Von Abteilung:</i> <i>Rechnungsamt</i>
<i>Für die Sitzung am:</i> <i>- ö f f e n t l i c h -</i>	<i>TOP:</i> <i>Beratung des Haushaltsplans 2026</i>

Der Haushaltsplanentwurf 2026 wurde am 20.10.2025 in den Gemeinderat eingebracht und wird am 03.11.2025 in einer öffentlichen Verwaltungsausschusssitzung vorberaten. Am 05.11.2025 wird der Haushaltsplanentwurf 2026 in einer nichtöffentlichen außerordentlichen Haushaltsplanvorstellung unter Anwesenheit der Ortsvorsteher und Ortschaftsräte vorgestellt.

Der ausgehändigte Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2026 basiert auf den fast vollständig vorliegenden Mittelanmeldungen der Budgetverantwortlichen sowie auf dem Haushaltserlass 2026 vom 26.06.2025, welchem wiederum die Maisteuerschätzung 2025 zu Grunde liegt. Die Personalkosten und der Schuldendienst wurden bereits berechnet. Bei den Abschreibungen und Auflösungen wurde die neuen Investitionen aus der Maßnahmenliste 2026 noch nicht in die Finanzplanung eingerechnet. Die angemeldeten Einzelmaßnahmen sind in separaten Listen dargestellt und noch nicht in den Ergebnishaushalt eingearbeitet worden. Im Entwurf der Haushaltssatzung 2026 wurden diese jedoch eingearbeitet. Die Haushaltsansätze für die Betriebskostenzuschüsse an die nichtstädtischen Kindertageseinrichtungen stellen noch Platzhalter dar, da diese zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs noch nicht vorgelegt wurden. Beim Waldorfkindergarten Feuerbach wurde beim Planansatz wiederum die bisherige eingruppierte Einrichtungsform zu Grunde gelegt.

Der Ergebnishaushalt 2026 weist im angepassten Planentwurf einen hohen Fehlbetrag in Höhe von 2.792.000 € (einschließlich der angemeldeten Einzelmaßnahmen) aus. Dieser Fehlbetrag wurde nach der Haushaltsklausur bereits um 545.200 € reduziert (siehe unten). Der Fehlbetrag des Jahres 2026 liegt weit über den bisherigen Fehlbeträgen der Haushaltspläne der Vorjahre.

Das Haushaltsjahr 2026 ist vor allem durch die steigenden Aufwendungen geprägt (+2.240.900 € gegenüber 2025 mit Einrechnung der Einzelmaßnahmen im ErgHH), wobei ein Großteil dieser Mehraufwendungen nicht oder nur geringfügig beeinflussbar ist. Hier machen sich vor allem die Personalkosten und die Umlagenzahlungen an das Land und den Landkreis Lörrach sowie die Kinderbetreuungskosten bemerkbar. Bei den Kinderbetreuungskosten steigt der städtische Zuschussbedarf im Jahr 2026 auf rund 3,43 Mio. € (vgl. 2018: 1,01 Mio. €, 2020: 1,36 Mio. €, 2022: 1,57 Mio. €, 2024: 2,48 Mio. €, 2025: 3,11 Mio. €). Die Erträge steigen gegenüber dem Vorjahr dagegen lediglich um 423.400 € an.

Für das Jahr 2026 erfolgten von den Budgetverantwortlichen und den Ortsteilen wie bereits in den Vorjahren äußerst moderate Mittelanmeldungen. Die dem Haushaltsplanentwurf 2026 zu Grunde liegende Maßnahmenliste umfasst zunächst alle Mittelanmeldungen und somit auch alle Mittelanmeldungen der Ortsteile. Bei der konkreten Maßnahmenauswahl durch die Gremien sind wie in den Vorjahren die Aspekte Förderfähigkeit, Sicherheitsrelevanz, Wirtschaftlichkeit, Abwicklung laufender Maßnahmen, Erstellung wichtiger Konzepte, Nachfinanzierung bereits beschlossener sowie zurückgestellter Maßnahmen heranzuziehen.

Nach den Daten des Haushaltserlasses steigen die laufenden Zuweisungen vom Land Baden-Württemberg (Einkommensteueranteil, Umsatzsteueranteil, Schlüsselzuweisungen, kommunale Investitionspauschale, Familienlastenausgleich) gegenüber dem Vorjahresplanwert lediglich um 79.200 €. Bei den Schlüsselzuweisungen macht sich die vor allem wegen den Rekordgewerbesteuererinnahmen im Jahr 2024 stark gestiegene Steuerkraftmesszahl negativ bemerkbar, so dass diese gegenüber dem Jahr 2025 um 298.900 € sinken. Bei den anderen Einnahmenpositionen gibt es dagegen Zuwächse zu verzeichnen (Kommunale Investitionspauschale: +140.000 €, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer: +204.800 €, Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer: +11.100 €, Familienlastenausgleich: +22.200 €). Aufgrund der stark gestiegenen Steuerkraft des Vorjahres 2024 steigt die Umlage an das Land Baden-Württemberg um 394.900 €. Zudem steigt die Kreisumlage bei einem angenommenen gleichbleibenden Hebesatz von 38,0 %-Punkten (2025: 38,0 %, 2024: 36,0 %, 2023: 32,6 %) um 679.000 € auf 5.634.800 €. So sinkt in Summe der zur Verfügung stehende Finanzrahmen aus dem Finanzausgleich gegenüber dem Vorjahresplanwert um 994.700 €. Im Verhältnis zu den stark steigenden Gesamtaufwendungen stellt dies eine besorgniserregende Scherenentwicklung dar. Es ist zudem noch mit nennenswerten Änderungen im Rahmen der Oktobersteuerschätzung und des Beschlusses des Kreistages zum Kreisumlagehebesatz zu rechnen.

Die Ansätze bei den Grundsteuern A und B sowie bei der Gewerbesteuer wurden gegenüber dem Vorjahr zunächst unverändert angesetzt.

Die Personalausgaben wurden gegenüber dem ersten Haushaltsplanentwurf 2026 (Stand Haushaltsklausur) um 400.100 € (von 8.562.200 € auf 8.162.100 €) reduziert. Folgende Änderungen wurden vorgenommen und bereits in den Haushaltsplanentwurf eingerechnet:

- Entfall der Stellen (0,13%) und Haushaltsansatz Amtsboten
- Änderung Stelle (bisher 100% ab 01.03.2026) und Haushaltsansatz Leitung Grundschulbetreuung (neu: 50% ab 01.06.2026) und zusätzliche Betreuungskraft (neu: 50% ab 01.09.2026)
- Änderung 100%-Stelle Reinigungskraft Kindergarten Wollbach (neu: erst ab 01.07.2026)
- Zusätzliche 0,20%-Stelle Personalamt
- Entfall 50%-Stelle und Haushaltsansatz Integrationsbeauftragte
- Erhöhung Stelle Museumsleitung auf 20% (bisher 13%)
- Entfall Haushaltsansatz 0,50%-Stelle Stellvertretung EDV
- Reduzierung Haushaltsansatz 100%-Stelle Assistenz Bauamt auf 50%
- Entfall Haushaltsansatz 50%-Stelle Archiv
- Entfall 100%-Stelle und Haushaltsansatz Freibad
- Entfall 100%-Stelle und Haushaltsansatz Fachkraft Kindergarten Forsthausgarten sowie Ersatz 100%-Stelle Hilfskraft durch FSJler
- Entfall 50%-Stelle und Haushaltsansatz Fachkraft Kindergarten Kindervilla

Die Anzahl der Stellen für das Jahr 2026 beträgt nun 127,07 (bisher: 130,93; 2025: 125,19). Die Stellenmehrung um 1,88 Stellen gegenüber dem Vorjahr ist auf die zusätzliche Stelle bei der Jugendsozialarbeit (Entfall der Kosten für die bisherige externe Lösung) und auf die Reinigungskräfte zurückzuführen, da einige Gebäude wieder durch eigene Reinigungskräfte gereinigt werden (entsprechende Kostenreduzierung beim Reinigungsaufwand). Weitere Stellenmehrungen sind unter Berücksichtigung der daraus resultierenden dauerhaften finanziellen Belastungen und der derzeitigen Finanzlage aktuell nicht möglich und sollten auch künftig immer im Einzelfall kritisch hinterfragt werden.

Die Personalausgaben steigen nun gegenüber dem Rechnungsergebnis 2024 um 20,92 % und gegenüber dem Ansatz 2025 um 9,12 % (+682.300 €). Die Tarifsteigerung wurde laut dem aktuellen Tarifabschluss ab dem 01.05.2025 mit 3,0 % und ab dem 01.05.2026 mit 2,8 % eingerechnet. Die Jahressonderzahlung wird dazu ab dem Jahr 2026 auf 85 % erhöht. Das Budget für das Leistungsentgelt wird wiederum mit 2,0 % veranschlagt. Personalmehraufwendungen ergeben sich u.a. bei der Grundschulbetreuung (+53.900 €), bei der städtischen Jugendarbeit (+107.000 €) und bei den städtischen Kindergärten (+195.200 €). Bei den städtischen Kindergärten betragen die Personalkosten nun bereits 2.702.400 €. Zudem gab es im Bereich der Kernverwaltung Höhergruppierungen (vgl. auch Organisationsuntersuchung). Bei anderen Positionen sind Beförderungen und Stufensteigerungen eingerechnet. Im Vorjahr wurde zur Entlastung eine pauschale Kürzung von 300.000 € vorgenommen. Auch für das Jahr 2026 wird über die o.g. bereits vorgenommenen Einsparungen hinaus eine pauschale Kürzung vorgeschlagen (200.000 € bis 300.000 €).

Die Stadt Kandern hatte in den Jahren 2018 bis 2020 ihren finanziellen Einsatz im Bereich der Bauunterhaltung ausgeweitet. Seit Ausbruch der Corona-Pandemie wurden in diesem Bereich jedoch einige Maßnahmen zurückgestellt. Der notwendige Erhalt der kommunalen Gebäude, Straßen und Brücken wurde daher notgedrungen vernachlässigt, was aber keine dauerhafte Handlungsoption darstellt. In den Jahren 2024 und 2025 wurden für die Wiederaufnahme des Straßensanierungsprogramms 300.000 € pauschal zur Verfügung gestellt. Im Bereich Tiefbauunterhaltung stehen aktuell aber noch rund 658.000 € Restbudgetmittel zur Verfügung, so dass hier der Fokus zunächst auf der Abarbeitung der in Vorjahren eingestellten, aber noch nicht abgearbeiteten Maßnahmen liegen sollte. Die Grundansätze für die Bauunterhaltung liegen im Jahr 2026 bei 400.400 €. Für das Jahr 2026 wurden zusätzlich zu den Grundansätzen wenige weitere Einzelmaßnahmen im Bereich Tiefbau (133.500 €) und Hochbau (237.000 €) angemeldet. Im Bereich Tiefbau wird von der Verwaltung vorgeschlagen wieder ein zusätzlicher Pauschalansatz in Höhe von 300.000 € für die priorisierte Abarbeitung von Straßenunterhaltungsmaßnahmen anzusetzen (ab 2026 investiv zu buchen!). Bei Aufnahme aller Einzelmaßnahmen würde die Gesamtsumme bei den Bauunterhaltungskosten (einschließlich der investiven 300.000 € für den Straßenunterhalt) 1.070.900 € betragen.

Weitere Kostenmehrungen treten im Jahr 2026 beispielsweise bei den Betriebskostenzuschüssen an die nichtstädtischen Kindertageseinrichtungen (+68.100 €), beim Fahrzeugunterhalt (+21.000 €), beim Zuschuss für die Musikschule (+7.000 €) sowie bei den EDV-Kosten (+37.100 €) auf.

Ein Ausgleich des Ergebnishaushaltes ist unter den gegebenen Voraussetzungen wie in den Vorjahren nicht möglich, auch wenn der Ergebnishaushalt nach der GemHVO planmäßig auszugleichen ist. Die leicht gestiegenen Erträge können die stark steigenden Aufwendungen bei weitem nicht mehr decken. Es ist eine immer weitergehende (unverschuldete) Scherenentwicklung zwischen Erträgen und Aufwendungen festzustellen. Eine solide Haushaltsaufstellung und Haushaltsbewirtschaftung sind so weiterhin nicht möglich. Eine strukturelle Stützung der kommunalen Finanzen scheint unerlässlich.

Beim veranschlagten Defizit im Jahr 2026 muss auch berücksichtigt werden, dass die Ertragskraft des Ergebnishaushaltes bereits im Laufe der Jahre 2020 bis 2025 im Bereich der Steuern und Gebühren durch fortlaufende Anpassung der jeweiligen Sätze erhöht wurde. Weitere Anpassungen sollen aber noch vorgenommen werden (siehe unten).

Der Nettoabschreibungsaufwand (Abschreibungen abzüglich Auflösungen) beträgt im Jahr 2026 1.468.700 €. Dies sollte prinzipiell der maximale Fehlbetrag im Ergebnishaushalt darstellen, da ansonsten Liquidität aus dem Finanzhaushalt in den Ergebnishaushalt abfließen würde. Die Kommunalaufsicht verlangt zudem eine Erwirtschaftung der Tilgungsleistungen (2026: 134.500 €) über den Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushaltes. Dies müsste prinzipiell die Zielvorgabe bei der Haushaltsplanberatung darstellen. Im angepassten Haushaltsplanentwurf wird jedoch ein Defizit von 2.792.000 € im Ergebnishaushalt unter Einrechnung der Einzelmaßnahmen in Höhe von insgesamt 877.500 € ausgeworfen. Daraus resultiert aktuell ein Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts in Höhe von 1.323.300 €. Die aktuelle Einsparsumme zur Erreichung der Zielvorgabe und somit zur Erreichung einer Genehmigungsfähigkeit der Haushaltssatzung würde demnach 1.457.800 € betragen.

Um zumindest in die Nähe dieser Zielvorgabe zu gelangen sind nach Bestätigung der bereits vorgenommenen und eingerechneten Einsparungen bei den Personalkosten weitere harte Konsolidierungsmaßnahmen erforderlich. Hier werden von der Verwaltung u.a. folgende Konsolidierungsmaßnahmen vorgeschlagen:

- Weitere pauschale Kürzung der Personalaufwendungen (200.000 € - 300.000 €)
- Pauschale Kürzung aller Budgets um 10% (ca. 100.000 €) oder 20% (ca. 200.000 €)
- Neukalkulation der Kindergartengebühren zum 01.01.2026
- Neukalkulation der Gebühren für die Grundschulbetreuung zum 01.01.2026
- Neukalkulation der Gebühren für die Unterbringung von Obdachlosen und Flüchtlingen ab dem Jahr 2026
- Neukalkulation der Gebühren für die Nutzung städtische Hallen und Räume ab dem Jahr 2026
- Neukalkulation der Verwaltungsgebühren ab dem Jahr 2026
- Erhöhung der Mieten bei den städtischen Mietobjekten ab dem Jahr 2026
- Neukalkulation der Verwaltungsgebühren ab dem Jahr 2027
- Überprüfung der Grundsteuerhebesätze ab dem Jahr 2027
- Erhöhung des Ansatzes bei der Gewerbesteuer von 1,9 Mio. € auf 2,0 Mio. €

Zudem sollen u.a. die Leistungsangebote im Bereich des Freibades (Anpassung der Öffnungszeiten), der Volkshochschule und weiteren freiwilligen Leistungen überprüft werden, um hier den Kostendeckungsgrad erhöhen zu können. Dazu sollen weitere Konsolidierungsmaßnahmen geprüft werden. Weiterhin sind die angemeldeten Einzelmaßnahmen zu überprüfen, ob diese bereits im Jahr 2026 zwingend umzusetzen sind.

Um die bestehende Liquidität zu stärken, sollen zudem bereits in Vorjahren eingeplante Maßnahmen dahingehend überprüft werden, ob diese Mittel noch weiterhin vorgehalten werden sollen. Im Bereich der investiven Haushaltsreste wurden bereits 9 Maßnahmen mit einem Restvolumen in Höhe von 413.900 € in die Hochrechnung der zur Verfügung stehenden Liquidität eingerechnet, da diese nicht weiter übertragen werden sollen. Weitere Mittel im Ergebnishaushalt, die aus Vorjahren zur Verfügung stehen und nach Ansicht der Verwaltung überprüft werden sollten sind:

- Lärmschutzgutachten (14.000 €)
- Bebauungsplan Bolzplatz (20.000 €)

Ein Ausgleich des Ergebnishaushaltes 2026 ist somit nur unter Einrechnung eines Teils der Ergebnisrücklagen aus Vorjahren zu gewährleisten. Zum Jahresende 2025 verbleibt nach der

derzeitigen Prognose eine Ergebnisrücklage aus den ordentlichen Ergebnissen der Jahre 2018 bis 2025 in Höhe von ca. 8,0 Mio. €.

Die vollständigen Mittelanmeldungen für den investiven Bereich sind bei den Einzelmaßnahmen des Finanzhaushaltes aufgeführt. Der Finanzhaushalt 2026 beinhaltet viele kleinere Investitionsmaßnahmen. Größere Beträge resultieren aus der Sanierung der Grundschule Tannenkirch (1.765.000 €), dem Ganztagesausbau der Grundschule Tannenkirch (1.765.000 €), der Planung der Erweiterung mit Mensa der Grundschule Kandern (150.000 €), der Sanierung des Freibades 1. Bauabschnitt (770.000 €), der Pauschale für die Straßensanierung (300.000 €), der Umsetzung des Verkehrskonzeptes Innenstadt Kandern einschließlich Sanierung des Rathausparkplatzes (320.000 €) und dem Brückenneubau in der Hintergasse in Riedlingen (280.000 €). Bei den dargestellten Zuschüssen (auch im Finanzplan) sind auch zwei Ausgleichstockanträge für den Ganztagesausbau der Grundschule Tannenkirch und für die Erweiterung mit Mensa der Grundschule Kandern enthalten.

Bei der Maßnahmendefinition für das Jahr 2026 ist auch das große bestehende Maßnahmenvollzugsdefizit (vgl. auch Höhe der Haushaltsausgabereste 2024: 8.409.530,69 €) zu beachten. Die Umsetzung bereits eingeplanter Maßnahmen sollte mit hoher Priorität erfolgen, so dass die Höhe der Haushaltsausgabereste weiter sinkt. Dies bindet erhebliche personelle Kapazitäten vor allem im Bauamt, so dass dieser Aspekt auch bei der Auswahl der im Jahr 2026 neu umzusetzenden Maßnahmen im Bereich der Bauunterhaltung und der Investitionen wiederum zu berücksichtigen ist. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass die in Vorjahren veranschlagten Plansummen aufgrund der hohen Kostensteigerungen im Bauwesen vermutlich nicht immer ausreichen werden.

In der Übersicht der Einzelmaßnahmen des Finanzhaushaltes sind zudem die jährlich wiederkehrenden investiven Grundansätze aufgeführt (157.100 € Nettobedarf). Hierin ist auch ein Ansatz in Höhe von 100.000 € für den Grunderwerb für das mögliche Gewerbegebiet Nollen im Ortsteil Wollbach enthalten. Die im Finanzhaushalt dargestellten Investitionsmaßnahmen umfassen eine Gesamtsumme in Höhe von 3.926.500 € netto. Unter Berücksichtigung der vorhandenen Liquiditätsreserve, der Maßnahmenliste sowie den Tilgungsausgaben in Höhe von 134.500 € würde bei den liquiden Mitteln zum Jahresende 2026 planmäßig ein Restbetrag in Höhe von -161.900 € (Mindestliquidität: 410.026,16 €) verbleiben. Es sind daher noch zwingend Einsparungen vorzunehmen (mindestens 572.000 €). Ziel sollte es aber sein zur Sicherstellung der Finanzierung künftiger Investitionen wie z.B. in den beiden Grundschulen eine weitere Restliquidität beizubehalten. Dabei muss auch berücksichtigt werden, dass weitere Kostensteigerungen bei laufenden oder noch nicht begonnenen Maßnahmen von dieser Liquiditätsreserve beglichen werden müssen.

Insgesamt sind Investitionen in Höhe von 5.993.200 € (vgl. 2025: 3.377.800 €) und Einzahlungen in Höhe von 2.066.700 € (vgl. 2025: 1.413.800 €) aufgeführt. Im Saldo aus Einzahlungen und Auszahlungen ergibt sich daraus ein Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit in Höhe von 3.926.500 €. Der veranschlagte Finanzierungsbedarf unter Berücksichtigung, dass der Ergebnishaushalt einen Zahlungsmittelbedarf in Höhe von 1.323.300 € erzielt, beträgt daher 5.249.800 €. Zudem stehen Tilgungsausgaben in Höhe von 134.500 € zur Auszahlung an. Nach der Jahreshochrechnung des Jahres 2025 stehen zum 31.12.2025 noch liquide Mittel in Höhe von 5.222.400 € zur Verfügung.

Im Jahr 2026 ist keine neue Kreditermächtigung eingeplant. Dies auch unter dem Aspekt der Genehmigungsfähigkeit der Haushaltssatzung 2026. Zudem wird die künftige Finanzierung

der Investitionen u.a. in die beiden Grundschulen neben einer hohen Zuschussquote nur mit einer Kreditaufnahme gelingen können. Im Finanzplanungszeitraum 2027-2029 ist daher eine Kreditaufnahme in Höhe von 6,0 Mio. € eingestellt. Der Schuldenstand im Kernhaushalt beträgt zum Jahresende 2025 rund 1,958 Mio. €. Bei planmäßiger Tilgung im Jahr 2026 würde sich der Schuldenstand zum 31.12.2026 auf dann rund 1,824 Mio. € reduzieren.

Im ausgehändigten Haushaltsplanentwurf ist im Gesamtergebnishaushalt auch die Finanzplanung der Jahre 2027 bis 2029 ausgewiesen. Diese sollten wie oben beschrieben jeweils ausgeglichen sein, was derzeit jedoch nicht darstellbar ist (2027: -1.748.200 €, 2028: -909.100 €, 2029: -1.273.500 €). Dabei wurde eine Tarifsteigerung von 2,0% eingerechnet. Auch in der mittelfristigen Finanzplanung ist somit keine wirkliche Entspannung der Finanzlage zu erkennen, so dass daraus ein strukturelles Defizit abgeleitet werden kann.

Im investiven Finanzplan wurden zum einen die Grundansätze sowie die neuen Projekte der Maßnahmenliste bereits eingearbeitet, zudem wurden die aus dem Entwurf des Gemeindeentwicklungskonzeptes herausgearbeiteten investiven Positionen der Stadt Kanderne aufgeführt. Dies erfolgte allerdings nur für den Prognosezeitraum ohne einen konkreten Ansatz. Diese Finanzplanung soll wie in den Vorjahren als Arbeitspapier für die Jahre 2027 bis 2029 dienen.

Ab dem Jahr 2021 wurde ein Verfügungsrahmen für die Ortschaften zur selbständigen und flexiblen Mittelbewirtschaftung eingeführt. Die Gesamthöhe betrug im 2021 30.000 € und in den Jahren 2022 bis 2025 jeweils 40.000 €. Diese Mittel werden anteilig nach den Parametern Einwohnerzahl, Gemarkungsfläche und Gebäudeanzahl auf die sechs Ortsteile sowie den Kernort verteilt. Aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen soll das Ortschaftsbudget im Jahr 2026 nicht erhöht werden.

Im Haushaltsplanentwurf sind neben dem Ergebnishaushalt und den Einzelmaßnahmen u.a. auch ein Organigramm zur Haushaltsstruktur, die Übersichten zu den Themen Personalausgaben, Bauunterhaltung und FAG sowie der Stellenplan enthalten.

Der Haushaltsplanentwurf enthält zudem die Erfolgspläne der beiden Sonderrechnungen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung und die zugehörigen Maßnahmen im investiven Bereich.

Bei der Sonderrechnung Wasserversorgung sind im Erfolgsplan neben den fortgeschriebenen Grundansätzen weitere Maßnahmen (siehe Maßnahmenliste) von der technischen Betriebsleitung angemeldet worden. Im investiven Bereich sind die Sanierung des Hochbehälters Holzen (540.000 €) und ein neues Pritschenfahrzeug für den Wassermeister (65.000 €) die größten Maßnahmen. Das Investitionsvolumen beträgt insgesamt 748.500 €. Auf eine neue zusätzliche Stelle soll im Jahr 2026 verzichtet werden.

Bei der Sonderrechnung Abwasserentsorgung sind im Erfolgsplan neben den fortgeschriebenen Grundansätzen weitere Maßnahmen (siehe Maßnahmenliste) von der technischen Betriebsleitung angemeldet worden. Im investiven Bereich ist u.a. ein Ansatz für investive Kanalsanierungen (450.000 €), für die Betonsanierung des RÜB in Gupf (265.000 €), eine Nachfinanzierung für den Regenwasserkanal Ortsdurchfahrt Sitzenkirch (224.000 €), eine weitere Rate für den Generalentwässerungsplan (150.000 €) sowie ein Regenwasserkanal in der Neumatt im Ortsteil Sitzenkirch (65.000 €) vorgesehen. Das Investitionsvolumen beträgt insgesamt 1.339.000 €.

Für das Jahr 2026 stehen auch wieder die Gebührenkalkulationen für die Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung für die Jahre 2026 und 2027 an. Diese werden im Dezember beraten und beschlossen. Aufgrund der erhöhten Kostenstrukturen und den geschmolzenen Überdeckungen der Vorjahre wird es hier zu Gebührenerhöhungen kommen müssen. Dies ist auch bei der Maßnahmenauswahl für das Jahr 2026 zu berücksichtigen.

Die wichtigsten Daten des Haushalts 2026 sind in den ausgehändigten Flyern in gewohnter Form zusammengefasst.

Die Verwaltung bittet den Ortschaftsrat um Kenntnisnahme und Diskussion, wie der Haushaltsplan-Entwurf für 2026 zu gestalten und auszugleichen ist.

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme und Diskussion über die Aufstellung des Haushaltsplan-Entwurfes 2026 für den Kernhaushalt sowie für die Sonderrechnungen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung.

Kandern, den 21.10.2025

Simone Penner, Bürgermeisterin

Merkel